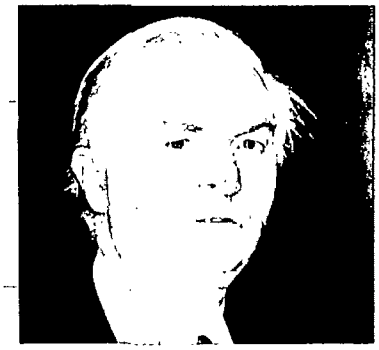
panorama

Teure Verwaltung

Die Affäre um die veruntreuten Millionen aus dem Härtefonds für jüdische Verfolgte weitet sich aus. Eine Sonderprüfung beim Zentralrat der Juden in Deutschland hat jetzt ergeben, daß neben den rund 30 Millionen Mark, die der verstorbene Zentralratsvorsitzende Werner Nachmann aus Zinserträgen abzweigte, eine weitere Summe von über elf Millionen Mark zweckentfremdet wurde – verbucht als Verwaltungskosten der „Conference on Jewish Material Claims against Germany" (Claims Conference) in New York. Aus dem Abschlußbericht des Düsseldorfer Steuerberater-Büros Penner und Feldhausen ergibt sich, daß die Claims Conference seit 1980, als sie mit der Auszahlung der 400 Millionen Bonner Wiedergutmachungsgelder begann, ingesamt 19 390 000 Mark „für Verwaltung" bilanziert hat. Nach den Richtlinien der Bundesregierung über die Vergabe der Mittel darf die Claims Conference jedoch „höchstens" zwei Prozent der 400 Millionen für den „entstandenen notwendigen Verwaltungsaufwand" ausgeben, also acht Millionen Mark. Ob die Claims Conference die hohen Kosten auch tatsächlich für Verwaltungszwecke ausgegeben hat, haben die privaten Bilanzprüfer noch nicht ermitteln können. Das könne erst, so der Bericht, „nach Rechnungslegung erfolgen".

Überflüssiges Gutachten?

Der Atomstreit zwischen Bonn und Düsseldorf eskaliert: In dieser Woche will die nordrhein-westfälische Landesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht gegen eine Weisung von Bundes-

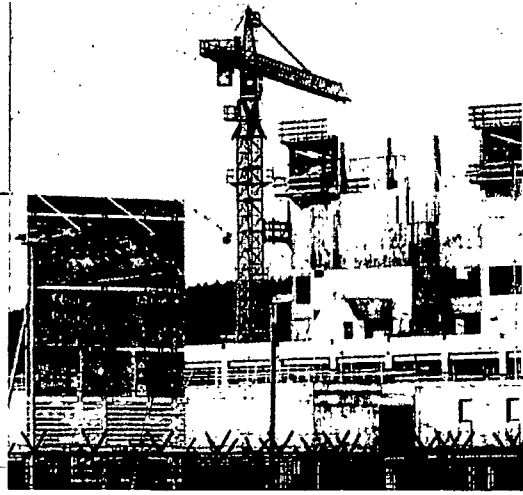


Jochimsen

minister Klaus Töpfer klagen. Der für die Reaktorsicherheit zuständige Christdemokrat hatte dem NRW-Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen untersagt, beim TÜV ein Gutachten für den Schnellen Brüter von Kalkar in Auftrag zu geben. Untersucht werden sollte, ob aus der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl Konsequenzen für den Meiler am Niederrhein zu ziehen wären: Erst danach wollen die Düsseldorfer Behörden über einen weiteren Antrag auf Teilerrichtungsgenehmigung für den Brüter entscheiden.

Milliardengrab WAA

Die Wiederaufarbeitungsanlage in Wakkersdorf (WAA) verteuert sich gegenüber den Kalkulationen des Vorjahres um eine Milliarde Mark auf nun 9,5 Milliarden. Diese Schreckensmeldung erfuhren die beteiligten Elektrizitätsversorgungsunternehmen bei einer Sitzung des Finanzausschusses der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung



Baustelle der Wiederaufarbeitungsanlage in

von Kernbrennstoffen (DWK). Darauf weigerten sich die baden-württembergischen Stromerzeuger, den Mehrpreis mitzutragen. Nun muß sich der DWK-Aufsichtsrat im November mit dem Problem beschäftigen.

Brisante Lieferung

Im Skandal um illegale Atomexporte kommt jetzt auch eine staatliche Forschungsstelle ins Gerede. Zur Verschleierung seiner Geschäfte mit Indien (SPIEGEL 42/1988) hat der Düsseldorfer Kaufmann Alfred Hempel im Dezember 1983 nicht nur seine Schweizer Tochterfirma Orda, sondern auch das staatliche Kernforschungszentrum in Jülich als Deckadresse benutzt, um die für den Transfer notwendigen behördlichen Ausfuhrgenehmigungen zu bekommen.

In geheimer Sitzung des Bonner Atom-Untersuchungsausschusses berichtete Hempels Geschäftsführer Helmut Swyen am vergangenen Freitag Einzelheiten einer brisanten Lieferung, die mit dazu beitrug, daß Indien eine eigene Atombombe bauen konnte.

Demnach war der Transport von insgesamt 15 Tonnen norwegischen Schwerwassers (Deuteriumoxid D_2O) „für die Blasenkammer" (Swyen) des Jülicher Reaktors bestimmt. Das Kernforschungszentrum hat aber nach Auskunft seines Sprechers Siegfried Weinhold gar keine „Blasenkammer". Und im Gegensatz zu Swyen kann sich Weinhold auch nicht an angebliche Jülicher Kaufwünsche von Schwerwasser erinnern. „Für sehr unwahrscheinlich" hält er es schließlich, daß für den Jülicher Reaktor 15 Tonnen geordert worden seien: „Solche Mengen brauchen wir nicht."

Für Hempel war die Jülicher Adresse dennoch von großem Nutzen. Deuteriumoxid ermöglicht die Umwandlung von Natururan in bombenfähiges Plutonium; es steht daher unter in-

Swyen

ternationaler Kontrolle. Um an den norwegischen Stoff zu kommen, brauchte Hempel eine Ausfuhrgenehmigung der Osloer Behörden. Diese bekam er nur, weil er eine Internationale Einfuhrbescheinigung des Bundesamtes für Wirtschaft vorlegen konnte, in der der Endverbleib des D_2O-Transports in der Bundesrepublik garantiert wurde. Statt nach Jülich gelangte das Atomwasser nach Basel, und dort übernahm Hempels Firma Orda den weiteren Transport nach Indien.

Nicht nur aus Norwegen, sondern auch aus China und der Sowjet-Union besorgte Hempel den Bombenstoff. Innerhalb von 15 Jahren lieferte er vornehmlich nach Indien und Argentinien 200 bis 300 Tonnen Schweren Wassers.